

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 10

Artikel: Die Kommissionsminderheit schlägt vor : eine Präambel zur Programmetappe
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Präambel zur Programmetappe

Mit überwältigendem Mehr haben wir an unserem Parteitag 1981 in Interlaken beschlossen: Eine historische Wende ist fällig.

1. Kein Zweifel: Wie eh und je werden auch künftig die alten Grundwerte unsere Politik bestimmen: Freiheit für alle, gleiche Rechte für alle, Schwesterlichkeit und Brüderlichkeit in Solidarität.

Wie eh und je gehört auch in Zukunft zu unseren Zielen der Kampf für die soziale Sicherheit aller, für den Wohlstand aller, für die Freiheit des solidarischen Individuums zur Selbstverwirklichung. Er wird geführt mit allen Mitteln unserer halbdirekten Demokratie.

2. Und mehr denn je ist uns bewusst, wir, als wichtige Kraft der Arbeiterbewegung sind aufgerufen, Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen zur Bewältigung der Probleme, die hier und heute brennen: Strukturelle Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer Sicherheiten, Zerstörung von Wohnraum, Zerstörung von Freiheits- und Lebensräumen durch Repression, durch Spekulantentum, durch Grosstechnologie und Computer, durch das Faustrecht der hemmungslosen Marktwirtschaft. Wir sind aufgerufen, mitzukämpfen um den Frieden gegen die Bedrohung letztlich allen Lebens.

3. Immer deutlicher erkennen wir, wie gerade diese aktuellen Krisen und Katastrophen zusammenhängen mit dem einen Gesetz: Wirtschaftliche Macht bedeutet dominierende politi-

sche Macht. Wer über sie verfügt, befiehlt.

Das Prinzip des Kapitalismus heisst Herrschaft der Wenigen über die Vielen. Es ist ausgerichtet, zwangsläufig, auf Eroberung, Ausbeutung, Macht-sicherung. Wohl verband sich der Kapitalismus auch in unserem Land mit Formen der Demokratie. Aber diese Verbindung privater ökonomischer Macht mit Demokratie in den bloss «politischen» Dingen geht zulasten der Demokratie. Denn selbst das Denken und Fühlen der Menschen wird von der Ideologie der Herrschenden durchdrungen. Tritt der Testfall ein, etwa wie heute, in der Gestalt von Wachstumskrisen und Unruhen, so lässt die dominierende Macht die Demokratie im Stich. Sie verrät sie, sie höhlt sie aus, sie versucht sie zurückzunehmen zugunsten ihrer Herrschaft.

4. Die aktuellen Krisen bedingen und steigern sich gegenseitig. Sie werden lebensbedrohend für uns alle. Wie, um aller Menschen willen, sollen wir nennen, was heute in der Dritten Welt geschieht an den Menschen, an der Natur und ihren Schätzen? Was an den Rändern unserer europäischen Welt und mitten unter uns geschieht durch den Druck von oben nach unten, durch die Zubetonierung von Städten, Dörfern, Landschaft, durch die Zerstörung von Luft, von Boden, von Wäldern und Wasser?

Durch Erniedrigung von Menschen durch rücksichtslosen Einsatz von Elektronik und der allmählich allumfassenden

Ökonomisierung allen Zusammenlebens? Alles wird zur Ware. Offener Krieg an der Peripherie, verdreckter Krieg, Vereinsamung und Unterdrückung von Freiheitsrechten bei uns in den Zentren; Vorbereitung der atomaren Vernichtung — all diese Erscheinungen sind Ausdruck der einen Logik. Sie gründet auf der Herrschaft über die Mittel der Produktion. 5. Lange Jahrzehnte hindurch haben wir der ausgleichenden Gerechtigkeit des Staates vertraut. Wir hoffen vor allem durch Eroberung der Staatsmacht die Gesellschaft zu verändern. Und lange Jahrzehnte hindurch gehörte der Glaube an unbegrenztes Wachstum auch zu unserem Bekenntnis.

Wo aber — wie in Ost und West — der Staat mehr und mehr zum bürokratischen Apparat verkommt und immer offensichtlicher zum Instrument der Herrschenden wird, und wo — wie in West und Ost — der Wachstumsglaube zu blindwütiger Zerstörung führt, haben wir keine Wahl: Wir müssen das Verhältnis zu Staat und Wachstum neu bestimmen.

6. Die grossen sozialen Errungenschaften unserer Politik müssen verteidigt, müssen zäh ausgebaut werden. Mit den Erniedrigten und Getäuschten auch in unserem Land kämpfen wir solidarisch um Befreiung. Darüber hinaus sind wir entschlossen, unserem Handeln eine neue Stossrichtung zu geben. Diese Neuorientierung muss von uns allen getragen werden können, nach innen und nach aussen. Die Grundformel unserer Partei — Partei der Abhängigen — heisst Einigkeit in den Grund-Sätzen und Offenheit für Tendenzen.

In solcher Einigkeit und Offenheit, die stets auch offen bleibt für demokratische Ausmarchung, machen wir auch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Schweiz deut-

lich, worin die Wende besteht und wohin unsere Politik zielt: auf die *demokratische sozialistische Alternative* zur Schweiz AG; auf eine Gesellschaft der *Selbstbestimmung*, der *Selbstverantwortung*, der *Selbstverwaltung*, entwickelt aus unseren ur-eidgenössenschaftlichen Traditionen heraus.

Erinnern wir uns: Neben verschiedenen Leitlinien haben wir

im Leitantrag zur Programmarbeit in grosser Einigkeit beschlossen:

«Die Delegierten des Parteitag 1981 in Interlaken erkennen in der Selbstverwaltung — neben den bisherigen Mitteln der parlamentarischen Demokratie — die Hauptstossrichtung der künftigen Politik der SPS.»

Dieser Auftrag, dieser Anspruch verpflichtet.

Peter Vollmer

Ein historischer Auftrag

Zum Entwurf der Kommissionsmehrheit

In seinen Randglossen zur Programmdebatte von 1935 hat Robert Grimm in der Roten Revue (Heft 5, 1934) darauf hingewiesen, dass jedes Programm in der Geschichte der Sozialdemokratie sehr zeitbedingt sei. Damit wollte er auch die Notwendigkeit von neuen Programmgrundsätzen angesichts neuer gesellschaftlicher Bedingungen unterstreichen. Nicht, dass das grosse Ziel der Arbeiterbewegung seit jeher, die Verwirklichung einer Gesellschaft in solidarischer Freiheit und orientiert an der Würde aller Menschen schon erreicht worden wäre. Die Forderung nach einer sozialistischen Schweiz war auch in keiner der vergangenen fünf Programmdebatten unserer bald hundertjährigen Geschichte bestritten.

Als Beispiel sei die einleitende Prinzipienklärung des Parteiprogramms von 1920 zitiert: «Das Endziel der Sozialdemokraten bildet eine Gesellschaftsordnung, die durch die Beseiti-

gung jeder Art von Ausbeutung das Volk von Elend und Sorge befreit, Wohlstand und Unabhängigkeit sichert und damit die Grundlage schafft, auf der die Persönlichkeit sich frei und harmonisch entfalten und das ganze Volk zu höheren Kulturstufen aufsteigen kann.» Zeitbedingt verändert haben sich dagegen immer die Kampffelder, die ökonomischen und sozialen Bedingungen und die Strategien und Arbeitsformen unseres Wirkens.

Rasanter Umbruch seit 1959

Seit dem Winterthurerprogramm von 1959 hat sich nicht nur das ökonomische und soziale Bild der Schweiz verändert, auch die politische Arbeit hat neue Formen hervorgebracht. Im Jahre 1959 stand die SP nicht nur vor ihrem Wiedereintritt in den Bundesrat (Geburt der Zauberformel), ihre wesentliche Konzeption im Aufbau des Sozialstaates Schweiz feierte auch tatsächlich beachtliche Erfolge. Der Aufschwung der sechziger Jahre, die enormen Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes und da-

mit auch der staatlichen Umverteilungsmöglichkeiten haben uns von direkter Armut entlastet und zu unerwarteten Konsummöglichkeiten geführt. Der soziale Aufstieg der schweizerischen Arbeiterschaft wurde nicht zuletzt durch die Unterschichtung mittels Fremdarbeitern in einer ersten Phase beschleunigt. Die friedliche Nutzung der Atomenergie galt noch in den sechziger Jahren als Heilmittel für eine beschleunigte Technisierung und Automatisierung und damit als Beitrag zur damals erwünschten Reduktion von Arbeitsplätzen. Doch das ungezügelte Wachstum zeigte bald auch Schattenseiten. Immer mehr wurden die Zuwachsraten für die notdürftigsten Reparaturen der Sozial- und Umweltschäden aufgefressen. Spätestens die Rezession der siebziger Jahre hat uns zum Bewusstsein gebracht, wie prekär letztlich auch unsere wirtschaftliche Existenz ist. Die kapitalistische Wirtschaftsweise offenbart auch hier ihre fatalen Wirkungen. Angst vor der Zukunft und Entfremdung sind längst nicht überwunden. Sichere Arbeitsplätze sind nicht mehr gewährleistet. In der Welt wird weiterhin gehungert. Die Würde des Menschen bleibt hier und anderswo uneingelöst. Die weltweiten wirtschaftlichen Probleme, die steigende Armut in der Dritten Welt, die Gefährdung der Umwelt und das Wissen, dass Energiequellen und Rohstoffe erschöpfbar sind, haben uns skeptisch werden lassen, gegenüber dem Glauben an technischen Fortschritt und materielles Wachstum. Die zunehmende Finanzknappheit des Staatswesens und die verschärfte Politik des Unternehmertums, haben unsere traditionelle Politik ins Stocken gebracht. Die grossen Erfolge im Ausbau unseres Sozialstaates («Tschudi-Tempo» u.a.) sind gestoppt worden.

Peter Vollmer ist Vizepräsident der SPS und hat die Programmkommission präsidiert.